



Gemeinsame Pressemitteilung zum Welttag für psychische Gesundheit

Anlässlich des Welttags für psychische Gesundheit fordern die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF e.V.) und der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF e.V.) einen stärkeren Schutz der psychischen Gesundheit geflüchteter Menschen in Deutschland. In Zeiten zunehmender Entrechtung schutzsuchender Menschen und geplanter Kürzungen in der psychosozialen Versorgung stehen sowohl die psychische Gesundheit geflüchteter Menschen als auch grundlegende Prinzipien des sozialen Rechtsstaats auf dem Spiel.

Rechtswidrige Rückweisungsvorschläge und ihre Auswirkungen auf die psychische Gesundheit

Die aktuellen politischen Diskussionen über die Zurückweisung von Schutzsuchenden an deutschen Grenzen missachten nicht nur geltendes Recht, sondern schüren auch Ängste in der Bevölkerung. Besonders betroffen sind Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung nach Deutschland geflüchtet sind. Sie leiden zunehmend unter der Unsicherheit darüber, ob sie hier tatsächlich Schutz und Sicherheit vor weiteren traumatisierenden Erlebnissen finden können. Diese Ungewissheit belastet ihre psychische Gesundheit erheblich. **„Für eine innere, psychische Stabilisierung braucht es äußeren Schutz. Durch Androhungen oder Miterleben von Abschiebungen erleben traumatisierte Geflüchtete aktuell genau das Gegenteil.“**, hebt Lea Flory von der BAfF e.V. hervor.

Gefährdete Kinderrechte und die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe

Ein besonderer Schutz gilt geflüchteten Kindern und Jugendlichen: Sie haben einen Anspruch auf diskriminierungsfreien Zugang zur Kinder- und Jugendhilfe. Dabei ist es für ihre psychische Gesundheit von entscheidender Bedeutung, dass sie eine bedarfsgerechte jugendhilferechtliche Versorgung erhalten. Denn durch frühzeitige, gezielte Unterstützung kann eine psychische Stabilisierung nach traumatischer Erfahrung erreicht und die Resilienz der Betroffenen gestärkt werden. Doch immer häufiger bekommen geflüchtete Kinder und Jugendliche keinen Zugang zu den Angeboten und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe oder werden – formal im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe – unter kinderrechtswidrigen Umständen untergebracht. **„Versorgung und Unterbringung fern jugendhilferechtlicher Standards führt oft zu einer Verschlechterung des psychischen Wohlbefindens und kann langfristige Folgen hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilhabe haben“**, warnt Lennart Scholz vom BumF e.V. **„Hier ist die Politik gefordert, bestehende Versorgungsstrukturen zu erhalten und auszubauen, statt sie weiter einzuschränken.“**

Psychosoziale Versorgung in der Krise

Die Psychosozialen Zentren (PSZ), die traumatisierten geflüchteten Menschen dringend benötigte Unterstützung bieten, sind täglich mit den wachsenden Belastungen ihrer Klient*innen





konfrontiert. Aufgrund ihrer prekären Finanzierung können die Zentren jedoch nur etwa 3 Prozent des tatsächlichen Bedarfs abdecken. Dies wird sich mit den geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt 2025 weiter verschärfen. **„Die Kürzungen im Bereich der psychosozialen Versorgung gefährden das Leben und die Gesundheit von Menschen, die besonders vulnerabel sind. Ein gut finanziertes Hilfesystem ist essenziell für den Schutz ihrer psychischen Gesundheit“**, so Lukas Welz von BAfF e.V.

Rassismus als Barriere in der Gesundheitsversorgung

Zudem sind viele geflüchtete Menschen zusätzlich von rassistischen Diskriminierungen betroffen, die ihre psychosoziale Versorgung erheblich beeinträchtigen. Studien belegen den negativen Einfluss von Rassismus auf die psychische Gesundheit. Auch die Gesundheitsversorgung selbst ist oft nicht frei von rassistischen Strukturen. Fachkräfte berichten im Rahmen der [BumF-Onlineumfrage](#) immer wieder von Vorurteilen und strukturellen Barrieren, die den Zugang für junge geflüchtete Menschen zu gesundheitlichen Dienstleistungen erschweren. Diese Form der Diskriminierung verletzt das Recht auf Gesundheit und verstärkt die psychosozialen Belastungen von geflüchteten Menschen. **„Ein diskriminierungsfreier Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen muss gewährleistet werden, um die psychische Gesundheit geflüchteter Menschen zu schützen“**, fordert Lennart Scholz vom BumF e.V.

Für ein Leben in Würde und Sicherheit

Ein Leben in Sicherheit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen und der Kern eines sozialen Rechtsstaats, wie er im Grundgesetz verankert ist. **„Gerade in Zeiten multipler Krisen ist es entscheidend, dass der Staat das Recht auf ein Leben in Würde für alle Menschen schützt“**, betonen die beiden Organisationen. Nur so kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und die psychische Gesundheit aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Status – gewahrt werden.

Die BAfF e.V. und der BumF e.V. appellieren an die Bundesregierung, Schutzsuchende nicht weiter zu marginalisieren, sondern durch gezielte Maßnahmen ihre Sicherheit und psychische Gesundheit zu fördern.

Kontakt:

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF e.V.)

Yukako Karato

E-Mail: yukako.karato@baff-zentren.org | Web: www.baff-zentren.org

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF e.V.)

Lennart Scholz

E-Mail: l.scholz@bumf.de | Web: www.bumf.de

